

NEWSLETTER Nr. 3 vom 24. Januar 2018

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

zum Jahresanfang 2018 möchte ich Euch und Ihnen einen Newsletter mit den mir wichtigen Themen zum aktuellen Doppelhaushalt 2018/2019 sowie zu umweltpolitischen Schwerpunkten und Projekten aus meiner Arbeit vorlegen.

Ein Ergebnis der Landtagswahl 2016, bei der die AfD stärkste Oppositionskraft wurde im Land, trifft nun den Umweltausschuss des Landtags in Zukunft ganz besonders: neuer Ausschussvorsitzender wird der direkt gewählte Pforzheimer AfD-Abgeordnete Dr. Bernd Grimmer. Ein Mann, der öffentlich den „menschengemachten“ Klimawandel bestreitet.



Das wird eine echte Herausforderung für unsere grüne Arbeit – schließlich hat sich Baden-Württemberg eine Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz und Energiewende zum Ziel gesetzt.

Im Jahr 2018 werden wir Halbzeit in der grün-schwarzen Regierungskoalition in Baden-Württemberg haben. Es bleibt dabei: diese Koalition ist eine Zweckgemeinschaft und keine „Liebesehe“, das zeigt sich gerade im Umweltbereich besonders deutlich.

Allerdings sind wir aber in vielen Bereichen auf einem guten Weg und die eigentlichen Hindernisse liegen auf anderer Ebene. Die alte Berliner GroKo hat bei der Energiewende und beim Klimaschutz auf ganzer Linie versagt. Da bleibt nur die Hoffnung, dass die Neuauflage in Berlin aus dieser Verweigerungshaltung herausfindet und die Zukunft gestaltet: Ausbau der Erneuerbaren Energie, effiziente Stromnetze und sie muss dringend eine Agrarwende mit einer Pestizidreduktion einleiten.

Es bleibt für die grün-geführte Landesregierung also noch viel zu tun – hier im Land und über den Bundesrat auf Bundesebene.

Ich wünsche Euch und Ihnen ein gutes und erfolgreiches „grünes“ Jahr 2018!

Euer/Ihr



Dr. Bernd Murschel MdL

Doppelhaushalt 2018/2019 verabschiedet

Nach intensiven und langen Verhandlungen verabschiedete der Landtag von Baden-Württemberg den Doppelhaushalt für 2017/2018. Wir haben dies im Bewusstsein getan, dass unser Land zukunftsfest gemacht werden muss und wir Verantwortung für die kommenden Generationen übernehmen müssen.



Einige Punkte möchte ich dabei herausstellen. [Sie finden sie hier](#)

Die Energiewende stockt und der Klimaschutz geht baden

Auf Bundesebene wie auf Landesebene werden die selbstgesteckten Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Die Hauptgründe sind die nahezu konstant gebliebenen Emissionen im Fahrzeugsektor sowie die unwirksamen CO₂-Zertifikate im Energiesektor. Für die Länder wie Baden-Württemberg, kommt erschwerend hinzu, dass sie in vielen Bereichen von der Bundespolitik und der europäischen Politik abhängig sind.

So führt das neu eingeführte Ausschreibungsmodell im EEG dazu, dass

Windkraftprojekte im Land keine Chance haben. Bei den letzten beiden Ausschreibungsrunden erhielt kein einziges Windkraftprojekt einen Zuschlag in Baden-Württemberg.

Die Grüne Landtagsfraktion will deshalb mit verschiedenen Maßnahmen reagieren. So wollen wir auf Bundesebene ein regionalisiertes Ausschreibungsmodell, das zu einem fairen Wettbewerb untereinander beiträgt. Den Ausbau der Photovoltaik wollen wir über die stärkere Nutzung von landeseigenen Gebäuden und von Freiflächen PV erreichen. Das kürzlich verabschiedete Papier [„Klimaschutz in Baden-Württemberg – jetzt noch konsequenter Handeln“](#) ist ein erster Aufschlag, der durch weitere Maßnahmen in den Sektoren Landwirtschaft, Ernährung, Forst und Landnutzung ergänzt werden wird.

Baden-Württemberg auf dem Weg zur Mobilität von Morgen

Während im Jahr 1950 noch 30 Prozent der Weltbevölkerung in Städten lebten, werden es im Jahr 2050 voraussichtlich 66 Prozent sein. Auch im Großraum Stuttgart nimmt seit 2010 die Urbanisierung vor allem in den Ballungszentren zu.

Unsere heutige Mobilitätskultur und das Verkehrssystem sind ressourcenintensiv und verursachen erhebliche Nachteile für Mensch, Umwelt und Klima. In Baden-Württemberg ist der Verkehrssektor mit einem Anteil von 32 Prozent nicht nur der größte CO₂-Emittent, sondern auch der einzige Sektor, der in der Vergangenheit kaum eine Verbesserung erreichen konnte. [Hier lesen Sie weiter](#)



Bild: Pixelio

Teller oder Tank

Der Anbau von Energiepflanzen für Biogas oder synthetische Treibstoffe steht in der Kritik. Dabei ist ein striktes Schwarz-Weiß-Schema nicht angesagt. Nimmt man weitere positive Effekte hinzu, z.B. Bienentracht, Biodiversität oder die Verminderung der Nitratauswaschung, so ergibt sich ein anderes Bild. Die Durchwachsene Silphie ist solch eine Pflanze mit Mehrwert, wie [hier beschrieben](#).



Bild: Thünen Insitut/BD

Das Alt- und Totholzkonzept des Landes Baden-Württemberg

Alte und absterbende Bäume sind zusammen mit vermoderndem Holz für zahlreiche im Wald lebende Arten unverzichtbar. Der Erhalt von Alt- und Totholz trägt maßgeblich zur Sicherung und zur Stärkung der Biodiversität bei, dem zentralen Ziel der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg. Zur Umsetzung dieses Ziels in die Praxis wurde 2009 vom Land ein Alt- und Totholzkonzept (kurz AuT-Konzept) entwickelt. Seit 2010 ist das Konzept für den Staatswald Baden-Württemberg verbindlich vorgeschrieben. Zeit also, eine erste Bilanz zu ziehen.

Da mit der Umsetzung des AuT-Konzeptes, und der damit verbundenen Schaffung von Habitaten und Refugien, eine Ökokontoanrechnung möglich ist, ist dieses Konzept auch für Gemeinden durchaus „lukrativ“.

[Mehr zum Konzept und den Auswirkungen im Kreis Böblingen. Hier](#)

Kommunalpolitischer Austausch am 19. Januar 2018

Zu einem kommunalpolitischen Austausch habe ich Gemeinde-, Ortschafts- und Kreisrät*innen sowie Ortsverbandsvorsitzende aus meinem Wahlkreis und aus dem Betreuungswahlkreis Calw sowie die Geschäftsführerin der GAR, Sabine Schlager, nach Stuttgart ins Haus der Abgeordneten eingeladen.



Rund zwanzig Teilnehmer*innen folgten der Einladung und nahmen aktiv an der Veranstaltung teil. [Weiter hier](#)

Geld für Gedenkstätten aufgestockt

Die Landtagsfraktionen haben sich Ende letzten Jahres darauf verständigt, mehr Geld für die Arbeit der landesweit 70 Gedenkstätten auszugeben. Darauf einigten sich die Fraktionen von Grüne, CDU, SPD und FDP.



Es freut mich außerordentlich, dass wir eine höhere Förderung vereinbaren konnten. Davon können auch die beiden wichtigen Gedenkstätten in Leonberg und Tailfingen-Hailfingen profitieren. Wir stellen uns unserer Verantwortung für Vergangenheit und unterstützen die vorbildliche ehrenamtliche Arbeit der Helferinnen und Helfer. [Weiter](#)

Geld aus Berlin für saubere Luft in Leonberg und Herrenberg

Nach langem Zögern hat die Bundesregierung 90 Städte benannt, die Geld aus dem sogenannten Dieselfonds über rund 1 Milliarde Euro auf Bundesebene



beantragen können. Auch Leonberg und Herrenberg werden in einer Antwort an die Bundestagsfraktion GRÜNE als antragsberechtigt genannt. [Weiter](#)